

Regierung antwortet mutlos auf die Autoposer-Petition

Mit einer Demonstration im Mai machten die GRÜNEN der Region Rorschach dem Ärger über den unnötigen Autolärm Luft. Eine dort gestartete Petition wollte dem Anliegen bei der St. Galler Regierung Gehör verschaffen und wurde im Juni mit über 400 Unterschriften eingereicht. In der Antwort zeigt die Regierung Verständnis für den Ärger, sieht bei sich aber keinen Handlungsbedarf. Die GRÜNEN Region Rorschach wollen sich damit nicht zufriedengeben.

Zwar zeigt die Regierung grosses Verständnis für den Unmut über die sinnlose Lärmbelastung und bezeichnet das Autoposing als gesellschaftliche Fehlentwicklung. Diesem Verhalten könne jedoch gemäss Regierungsantwort nicht allein mit Gesetzen und Verboten begegnet werden.

Polizei kontrolliert aktiv

Die Regierung listet dann auf, dass die Autoposer sich nicht nur in Rorschach, sondern auch in anderen sogenannten urbanen Hotspots treffen und betont, dass die Kantonspolizei schwerpunktmässig Kontrollen an diesen Hotspots macht. In den Jahren 2020 bis 2024 konnten damit 77 illegal getunte Fahrzeuge stillgelegt werden.

Die GRÜNEN Region Rorschach anerkennen die Bemühungen der Polizei, die offenbar ohne spezielle Anweisung der Regierung handelt. Doch leider nehmen die Bewohnenden an den Hotspots bisher immer noch keine Verbesserung der Situation wahr und leiden weiterhin am nervigen Motorengeheul. Trotzdem will die Regierung gemäss Antwort keine Ausweitung dieser Kontrollen.

Regierung schaut tatenlos zu und nach Bern

In der Petition verlangten die Unterzeichnenden, dass die Behörden sofort handeln und beim Bundesrat Druck auf eine zügige Änderung der nationalen Gesetzgebung machen. Schliesslich bedingt es für den effektiven Einsatz von Lärmblitzern dort zuerst eine Änderung. Diesen zwei Forderungen will die St. Galler Regierung aber offensichtlich nicht nachkommen. Zwar verweist die Regierung in der Antwort auf eine seit Jahren gutgeheissene Motion in Bundesbern, ist leider aber nicht bereit, sich selbst vermehrt für eine schärfere nationale Regelung der Autoposer einzusetzen. Für die GRÜNEN Region Rorschach ist das unverständlich und zeigt die Mutlosigkeit der Regierung. Schade - denn so wird es noch Jahre dauern, bis solche Massnahmen wirksam werden können. Denn speziell mit dem autofreundlichen SVP-Bundesrat Röstli als Vorsteher des Verkehrsdepartementes ist dort eine Verzögerungstaktik zu befürchten.

Gesellschaftliches Problem

Wir gehen mit der Regierung einig, dass das Autoposing eine gesellschaftliche Fehlentwicklung ist. Das Auto wird immer noch viel zu viel als Statussymbol verherrlicht, das sogar höher gewichtet wird als das Wohlergehen und die Gesundheit. Nach Anerkennung suchende Jugendliche lassen sich von metallisiertem Lack und starken Motoren faszinieren, ohne an die Folgen für die Mitmenschen zu denken. Da können alle persönlich etwas tun: Holen wir das Auto vom viel zu hohen Sockel herunter und betrachten wir es doch als einfaches, jedoch teures Fortbewegungsmittel, wie es das Velo oder der ÖV in effizienterer Weise auch sind.

GRÜNE bereiten einen Vorstoss in Bern vor

Da die Regierung, obwohl sie das Poser-Problem «kennt und ernst nimmt», keine zusätzlichen Massnahmen gegen das Problem ergreift, fühlen sich die GRÜNEN Region Rorschach verpflichtet, weiter am Thema dranzubleiben und politischen Druck zu machen. Es kann nicht sein, dass lärmgeplagte Anwohnende mit einem mutlosen «De Bund mössti fürschi mache» getröstet werden.

Deshalb gleist die Regionalpartei aktuell gemeinsam mit der GRÜNEN Nationalrätin Franziska Ryser eine entsprechende Interpellation in Bundesbern auf. Sollte auch dieser Vorstoss auf Mut- und Tatlosigkeit treffen, haben die GRÜNEN Region Rorschach noch weitere Ideen im Petto. Denn für die Regionalpartei ist klar: Ruhig wird es erst, wenn die Poser weg sind.

Für Rückfragen:



Richi Faust

richard.faust@gruene-sg.ch

076 366 70 24



Jeannette Losa

jeannette.losa@gruene-sg.ch

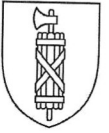
078 734 33 40



Diego Müggler

info@diego-mueggler.ch

079 475 38 05



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

GRÜNE Region Rorschach
c/o Herr Richi Faust
Präsident
Horchental 70
9402 Mörschwil

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 15. August 2025

Petition «Zieht den Autoposern den Stecker»

Sehr geehrter Herr Faust

Mit Eingabe vom 19. Juni 2025 haben Sie die von 407 Personen unterzeichnete Petition «Zieht den Autoposern den Stecker» eingereicht. Darin fordern Sie die Regierung auf:

- das «Poser-Problem» in den «Bodensee-Gemeinden» ernst zu nehmen;
- vermehrt «Autoposer-Kontrollen» durch die Kantonspolizei in den «Bodensee-Gemeinden» durchzuführen;
- beim Bundesrat Druck zu machen, die gesetzlichen Grundlagen für den flächendeckenden Einsatz von Lärmblitzern endlich zu erstellen und
- ein Pilotprojekt zu starten, welches den Einsatz von Lärmblitzern im Kanton testet.

Die Regierung hat sich in mehreren Vorstössen mit der Thematik beschäftigt und darin auch bereits aufgezeigt, dass sie grosses Verständnis für Ihren Unmut mit den Autoposern hat. Daran hat sich nichts geändert. Anzumerken ist, dass sich gesellschaftliche Fehlentwicklungen mit Gesetzen und Verboten allein nicht zum Verschwinden bringen lassen.

Die Poser- (und Raser-) Szene sowie die beteiligten Personen und Fahrzeuge werden von der Kantonspolizei zur Erkennung von Zusammenhängen sowie zur Planung von spezifischen Kontrollen in einer Datenbank (Rapportierungssystem) erfasst. Dabei zeigt sich, dass sich Poser-Szenen in mehreren Ortschaften des Kantons spontan bilden können. Zu den «urbanen Hotspots» gehören gegenwärtig Buchs, Gossau, Rapperswil-Jona, Rorschach, Sargans und Wil. Überall dort, wo sich an der Szene interessiertes Publikum an den Strassen aufhalten kann, muss mit einer sich spontan bildenden Szene gerechnet werden. Mit speziellen Kontrollen versucht die Kantonspolizei, oftmals unterstützt von Spezialistinnen und Spezialisten des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes und teilweise in Koordination mit angrenzenden Polizeikorps, den unerwünschten Auswüchsen des übermässigen Lärms zu begegnen. Insbesondere seit der Covid-19-Pandemie (ab dem Jahr 2020) hat die Kantonspolizei den Kontroll- und Überwachungsdruck erhöht. Anlässlich von rund 14 stattfindenden Grosskontrollen und zusätzlich 5 Einzelkontrollen je Jahr, die spezifisch auf die Thematiken vermeidbarer Lärm und technische Abänderungen ausgerichtet sind, hat die Kantonspolizei in den Jahren 2020 bis 2024 77 Fahrzeuge (Jahr

2020: 11; Jahr 2021: 15; Jahr 2022: 6; Jahr 2023: 17; Jahr 2024: 28) stillgelegt. Zusätzlich wurden 1'965 Fahrzeuglenkende (Jahr 2020: 477; Jahr 2021: 528; Jahr 2022: 325; Jahr 2023: 315; Jahr 2024: 320) verzeigt. Nicht enthalten in der vorgängigen Aufzählung sind Geschwindigkeitskontrollen, die zusätzlich an neuralgischen Orten stationär aber auch mobil ausgeführt wurden.

Auch bei den periodischen Fahrzeugprüfungen werden von den Prüfstellen des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes immer wieder unzulässige Umbauten oder verbotene Fahrzeugteile festgestellt und beanstandet.

Zu Ihren Forderungen:

- Die Regierung hat sich bereits mehrfach mit dem Thema Autoposer befasst (vgl. Interpellation 51.20.38 «Stopp den «Autoposern»», Interpellation 51.20.57 «Lärmblitzer anschaffen!» oder die Interpellation 51.21.74 «Geschwindigkeitsmessungen als Mittel der Städte und Gemeinden gegen Raser und Autoposer»¹⁾ und dabei aufgezeigt, dass sie das Poser-Problem im Kanton St.Gallen kennt und es auch in den Bodensee-Gemeinden ernst nimmt.
- Die Zahl der von der Kantonspolizei im Kanton St.Gallen «stillgelegten» Fahrzeuge ist im Jahr 2024 gegenüber den Vorjahren deutlich gestiegen. Die «Hotspots» der Autoposer sind aufgrund der Datenbank bekannt und die speziellen Kontrollen der Kantonspolizei entsprechend geplant. Die Regierung sieht keine Anhaltspunkte, in die Einsatzplanung der Kantonspolizei einzugreifen.
- Auf Bundesebene ist die Motion 20.4339 UREK-N («Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren»²⁾ bzw. deren Umsetzung von weitreichender Bedeutung für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Autoposer und des durch sie verursachten unnötigen Fahrzeuglärms. Im Rahmen der Umsetzung ist die Anpassung mehrerer Rechtsgrundlagen vorgesehen, um übermässigen Fahrzeuglärm einfacher und wirksamer sanktionieren zu können. Geplant ist insbesondere, dass bei der Erzeugung von vermeidbarem Lärm das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt zukünftig eine Ad-ministrativmassnahme (Verwarnung bzw. Androhung Führerausweisentzug und Führerausweisentzug im Wiederholungsfall) gegen Fahrzeugführende aussprechen kann. Davon verspricht sich die Regierung viel.
- Aktuell ist das Bundesamt für Strassen in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt daran, einen Bericht zu den Anwendungsmöglichkeiten von Lärmblitzern zu erarbeiten. Darin werden auch die im In- und Ausland durchgeführten Tests mit Lärmblitzern einfließen. Der Bundesrat sieht vor³⁾, dass er voraussichtlich Ende Jahr über das weitere Vorgehen entscheiden wird. Aus den genannten Gründen sieht die Regierung auch keinen Anlass, an den Bund zu gelangen, um Druck zu machen und anderseits einen Pilotversuch mit Lärmblitzern im Kanton St.Gallen zu starten.

¹⁾ Abrufbar unter https://www.ratsinfo.sg.ch/geschaeft/itemsPerPage=50&ordering=-begin_date&page=1

²⁾ Abrufbar unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20204339>

³⁾ Antwort des Bundesrates vom 10. Juni 2025 auf die Frage «Lärmhotspots durch «Autoposer» im Strassenverkehr: Wie kann der Bund Kantone und Gemeinden unterstützen?» vom 2. Juni 2025, abrufbar unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20204339>.

Wir danken für Ihr Verständnis.

Im Namen der Regierung

Beat Tinner
Präsident

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

